

Erläuterungen zum Antrag auf Kontenklärung für Geburtsjahrgänge bis einschließlich 1978

V0110

Sehr geehrte Antragstellerin / Sehr geehrter Antragsteller,

die folgenden Erläuterungen sollen Ihnen das Ausfüllen des Antragsvordrucks V0100 erleichtern. Sie enthalten Hinweise auf die gesetzlichen Vorschriften. Zur besseren Übersicht ist jeder Hinweis mit der gleichen Ziffer versehen wie im Antragsvordruck. Reicht der vorhandene Platz für die Beantwortung einzelner Fragen nicht aus, bitten wir die Angaben auf einem gesonderten Blatt vorzunehmen.

Der im Sechsten Buch des Sozialgesetzbuches - Gesetzliche Rentenversicherung (SGB VI) - vom Gesetzgeber verwendete Begriff "Beitrittsgebiet" umschreibt das im Artikel 3 des Einigungsvertrages genannte Gebiet. Dies sind - nach dem Gebietsstand vom 3.10.1990 - die neuen Bundesländer Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen, Berlin (Ost) und der zum Bezirk Spandau gekommene Ortsteil West-Staaken (ehemals Kreis Nauen) und die durch Staatsvertrag zu Niedersachsen gekommenen Gebiete (ehemals Amt Neuhaus und andere Gebiete).

Wenn Sie weitere Anträge benötigen, stehen Ihnen alle entsprechenden Antragsvordrucke auch im Internet unter www.deutsche-rentenversicherung.de zur Verfügung.

Sollten Sie zu der einen oder anderen Frage noch nähere Auskünfte oder Hilfe beim Ausfüllen des Vordrucks wünschen, stehen Ihnen die Auskunft- und Beratungsstellen der Deutschen Rentenversicherung, deren Versichertenberater / Versichertenberaterinnen bzw. Versichertenältesten und die örtlichen Versicherungsämter zur Verfügung. Die Anschriften der nächsten Versichertenberater / Versichertenberaterinnen bzw. Versichertenältesten erfahren Sie bei den Auskunft- und Beratungsstellen, bei den Versicherungsämtern oder bei den Gewerkschaften.

Mit freundlichen Grüßen
Ihre Deutsche Rentenversicherung

Zum Hinweis

Der Hinweis auf Blatt 1 des Antrags informiert Sie über § 67a Absatz 3 des Zehnten Buches des Sozialgesetzbuches - Sozialverwaltungsverfahren und Sozialdatenschutz (SGB X) -. In dieser Vorschrift heißt es:

"Werden Sozialdaten beim Betroffenen erhoben, ist er, sofern er nicht bereits auf andere Weise Kenntnis erlangt hat, über die Zweckbestimmungen der Erhebung, Verarbeitung oder Nutzung und die Identität der verantwortlichen Stelle zu unterrichten. Über Kategorien von Empfängern ist der Betroffene nur zu unterrichten, soweit

1. er nach den Umständen des Einzelfalles nicht mit der Nutzung oder der Übermittlung an diese rechnen muss,
2. es sich nicht um eine Verarbeitung oder Nutzung innerhalb einer in § 35 des Ersten Buches genannten Stelle oder einer Organisationseinheit im Sinne von § 67 Abs. 9 Satz 3 handelt oder
3. es sich nicht um eine Kategorie von in § 35 des Ersten Buches genannten Stellen oder von Organisationseinheiten im Sinne von § 67 Abs. 9 Satz 3 handelt, die auf Grund eines Gesetzes zur engen Zusammenarbeit verpflichtet sind.

Werden Sozialdaten beim Betroffenen auf Grund einer Rechtsvorschrift erhoben, die zur Auskunft verpflichtet, oder ist die Erteilung der Auskunft Voraussetzung für die Gewährung von Rechten, ist der Betroffene hierauf sowie auf die Rechtsvorschrift, die zur Auskunft verpflichtet, und die Folgen der Verweigerung von Angaben, sonst auf die Freiwilligkeit seiner Angaben hinzuweisen."

In dem Ihnen vorliegenden Antragsvordruck werden Fragen gestellt, deren Beantwortung erforderlich ist, damit der Rentenversicherungsträger Ihr Versicherungskonto überprüfen und - soweit notwendig - ergänzen kann. Während es dem Rentenversicherungsträger obliegt, den Sachverhalt von Amts wegen zu ermitteln und dazu die notwendigen Beweismittel beizuziehen, sind Sie verpflichtet, hierbei mitzuwirken. In welchem Umfang Ihre Mithilfe benötigt wird, ergibt sich aus § 149 Absatz 4 SGB VI. Danach sind Sie verpflichtet, den Versicherungsverlauf auf Richtigkeit und Vollständigkeit zu überprüfen, alle für die Kontenklärung erheblichen Tatsachen anzugeben und uns die notwendigen Urkunden und sonstigen Beweismittel zur Verfügung zu stellen. Bei fehlender Mitwirkung können sich Nachteile oder Verzögerungen für eine später beantragte Leistung ergeben.

Benötigt der Rentenversicherungsträger Auskünfte und Unterlagen dritter Stellen, führen wir die Ermittlungen hierzu grundsätzlich über Sie. Ausnahmen sind nach § 67a Absatz 2 SGB X zulässig; das gilt insbesondere, wenn eine Rechtsvorschrift dies zulässt oder die Übermittlung der benötigten Information direkt an den Rentenversicherungsträger ausdrücklich vorschreibt. Direkte Ermittlungen bei Dritten dürfen auch dann geführt werden, wenn die zu erfüllende Verwaltungsaufgabe ihrer Art nach dies erforderlich macht oder die Erhebung beim Betroffenen einen unverhältnismäßigen Aufwand erfordern würde. Überwiegende schutzwürdige Interessen des Betroffenen dürfen aber nicht beeinträchtigt werden.

1 Angaben zur Person

Die Angaben zur Person (Name, Vorname, Geburtsdatum usw.) müssen den Eintragungen in amtlichen Unterlagen (Geburtsurkunde, Personalausweis) entsprechen. Sie sind erforderlich, damit Ihr Beitragskonto einwandfrei ermittelt werden kann. Diesem Zweck dienen auch die Fragen nach dem Geburtsnamen und früheren Namen, unter denen die Versicherungsunterlagen möglicherweise verwahrt werden. Die weiteren Angaben sind notwendig, um für Sie eine Versicherungsnummer vergeben zu können, soweit dies noch nicht geschehen ist.

2 Antragstellung durch andere Personen

Wird der Antrag durch eine andere Person gestellt, ist eine Vollmacht oder ein Beschluss des Gerichts einzusenden.

3 Beitragszeiten im Inland

3.1 In der Aufstellung sind fehlende Beitragszeiten oder Beschäftigungen im Bundesgebiet aufzuführen. Dies sind z. B. Zeiten als Lehrling, Angestellter, Arbeiter, Beschäftigter im Bergbau, Seemann, Selbständiger, Künstler, Wehr- oder Zivildienstleistender, Bundesfreiwilligendienstleistender, Bezieher von Vorruhestandsgeld, Pflegeperson ab 1.4.1995, geringfügig entlohnter Beschäftigter ab 1.4.1999. Zeiten vor dem 1.1.1992 im Beitrittsgebiet sind in Ziffer 4 anzugeben.

Bitte fügen Sie Beweismittel bei.

Als Beweismittel kommen u. a. in Betracht

- Aufrechnungsbescheinigungen
- Versicherungskarten
- Quittungskarten
- Entgeltbescheinigungen (Versicherungskarten) aus den Versicherungsnachweisheften
- Versicherungsausweise für Beschäftigte und Selbständige
- Herstellungsbescheide (Wiederherstellungsbescheide)
- Beitragsbescheinigungen
- Versicherungsverläufe
- Sammelbücher
- Seefahrtbücher
- Bescheinigungen der Reedereien
- Bergmannsbücher
- Abkehrscheine
- Bescheinigungen der Arbeitgeber
- Beitragsunterlagen
- Bescheinigungen oder Mitgliedskarten der Krankenkasse
- Gehaltsabrechnungen
- Arbeitsbücher
- Zeugnisse
- Zeugenerklärungen
- Teilnahmebescheinigung der Einsatzstelle

3.2 Eine Teilzeitbeschäftigung liegt vor, wenn die regelmäßige Wochenarbeitszeit eines Beschäftigten kürzer ist als die eines vergleichbaren Beschäftigten, der in demselben Unternehmen Vollzeit arbeitet.

Als vergleichbar gilt ein Vollzeitbeschäftigter, wenn er

- dieselbe Art Arbeitsverhältnis hat (befristet bzw. unbefristet) sowie
- gleiche oder ähnliche Tätigkeiten ausübt.

3.3 Beschäftigungsverhältnisse zwischen Ehegatten / Familienangehörigen werden wegen der persönlichen Nähe der Beteiligten besonders betrachtet. Von einem versicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnis ist dann auszugehen, wenn die allgemeinen Kriterien für das Bestehen einer abhängigen Beschäftigung erfüllt sind. Für diese ist insbesondere die Eingliederung in einen Betrieb maßgeblich. Insoweit ist von Bedeutung, ob der Beschäftigte seine Tätigkeit im Wesentlichen frei gestalten und seine Arbeitszeit frei bestimmen kann, was für eine selbständige Tätigkeit spräche oder ob er hinsichtlich Zeit, Dauer, Ort und Art der Ausführung einem Weisungsrecht des Arbeitgebers unterliegt. Ferner ist rechtserheblich, dass das tatsächlich gezahlte Entgelt eine angemessene Gegenleistung für die erbrachte Arbeit darstellt.

3.4 Als Beweismittel für eine freiwillige Beitragszahlung kommen in Betracht

- Aufrechnungsbescheinigungen
- Versicherungskarten / Quittungskarten
- Beitragsbescheinigungen

3.5 Diese Frage richtet sich an Personen, die im öffentlichen Dienst als Beamte oder gleichgestellte Personen (z. B. DO-Angestellte, Berufssoldaten und Zeitsoldaten der Bundeswehr, Kirchenbedienstete sowie satzungsmäßige Mitglieder geistlicher Genossenschaften und Angehörige ähnlicher Gemeinschaften) tätig waren und aus diesem Dienstverhältnis ohne Anspruch auf Versorgung ausgeschieden sind. Für diese Personen kann nach verschiedenen gesetzlichen Bestimmungen eine Nachversicherung durchgeführt werden.

Die Frage ist mit "ja" zu beantworten, wenn ein Anspruch auf Nachversicherung bereits geltend gemacht wurde oder künftig geltend gemacht wird. Der Rentenversicherungsträger empfiehlt, sich wegen der Durchführung der Nachversicherung mit dem früheren Dienstherrn in Verbindung zu setzen.

3.6 Ist eine Nachversicherung bisher nicht durchgeführt worden, weil für das Dienstverhältnis eine Aufschubbescheinigung erteilt wurde, senden Sie bitte die Aufschubbescheinigung ein. In diesen Fällen prüft der Rentenversicherungsträger die Möglichkeit der Nachversicherung.

3.7 Anzugeben sind alle Zeiträume, für die zur Rentenversicherung gezahlte Beiträge erstattet oder zurückgezahlt wurden; z. B. bei

- Heirat einer weiblichen Versicherten
- Beamten
- unwirksamer Beitragszahlung

Anzugeben sind auch alle Zeiträume, für die Beiträge zu Zusatzversorgungssystemen im Beitrittsgebiet erstattet worden sind.

Hinweis

Wurde die Erstattung bis zum 31.12.1991 durchgeführt, umfasst die Verfallswirkung der Erstattung nicht Beitragszeiten nach dem 20.6.1948 und vor dem 19.5.1990 im Beitrittsgebiet oder nach dem 31.1.1949 und vor dem 19.5.1990 in Berlin (Ost). Diese Beitragszeiten können nunmehr berücksichtigt werden. Sind für diese Zeiten Beiträge nachgezahlt worden, werden auf Antrag anstelle der Beitragszeiten nach Satz 1 die gesamten nachgezahlten Beiträge berücksichtigt. Werden die nachgezahlten Beiträge nicht berücksichtigt, sind sie zu erstatten.

3.8 Betrifft nur Versicherte, die vor dem 1.1.1978 geboren sind. Pflichtbeiträge aufgrund einer Beschäftigung in einer geschützten Einrichtung für behinderte Menschen sind für Zeiten vor dem 1.1.1992 mit mindestens 75 % des Durchschnittsentgelts aller Versicherten der Rentenversicherung der Arbeiter und der Angestellten zu berücksichtigen. Dieser Wert kann höher sein als die tatsächlich gemeldeten Entgelte.

4 Zeiten und Sachverhalte im Beitrittsgebiet bis 31.12.1991

4.1 Betrifft nur Versicherte, die vor dem 1.1.1978 geboren sind. Diese Frage richtet sich an Personen, die im Beitrittsgebiet beschäftigt gewesen sind.

Die Sozialversicherung für Arbeitnehmer und Selbständige führten in der ehemaligen DDR grundsätzlich die Sozialversicherungsträger (z. B. Verwaltung der Sozialversicherung der Arbeiter und Angestellten - vorher FDGB -, Sozialversicherungskassen, Staatliche Versicherung der DDR - vorher Deutsche Versicherungsanstalt -) durch.

Als Beweismittel kommen insbesondere in Betracht

- Sozialversicherungsausweise
- Ausweise für Arbeit und Sozialversicherung
- frühere Rentenbescheide

4.2 Die Fragen 4.3 - 4.8 sind nur von Bedeutung, wenn Sie vor dem 3.10.1976 geboren sind.

4.3 Für die Rentenberechnung sind die tatsächlichen Arbeitsverdienste bzw. Einkünfte zu berücksichtigen, sofern sie dem Grunde nach sozialversicherungspflichtig waren. Voraussetzung ist, dass die tatsächlich bezogenen Verdienste über der im Beitrittsgebiet geltenden Beitragsbemessungsgrenze von 600 M monatlich / 7.200 M jährlich gelegen haben und die im Sozialversicherungsausweis nachgewiesenen Verdienste bis zur Beitragsbemessungsgrenze bescheinigt worden sind.

Höhere Verdienste können aber auch dann berücksichtigt werden, wenn die genannten Grenzwerte wegen Arbeitsausfalls (z. B. wegen Arbeitsunfähigkeit) oder wegen schwankender Verdienste nicht erreicht werden konnten.

Nicht zum maßgebenden Arbeitsverdienst gehören beitragsfreie Zuschläge, Prämien oder ähnliche Leistungen wie z. B. Überstundenzuschläge, Erschwerniszuschläge, Jahresendprämien, Weihnachtsgeld.

Beweismittel des tatsächlichen Entgelts können u. a. Arbeitgeberbescheinigungen, Gehaltsstreifen und ähnliche Unterlagen sein.

Der tatsächliche Arbeitsverdienst bzw. die tatsächlichen Einkünfte werden in voller Höhe berücksichtigt, wenn diese Höhe nachgewiesen ist und soweit nach Hochwertung auf "West-Niveau" die Beitragsbemessungsgrenze (West) nicht überschritten wird.

Werden die Arbeitsverdienste oberhalb der jeweils maßgebenden Verdienstgrenzen glaubhaft gemacht, sind die zusätzlichen Beträge zu 5/6 zu berücksichtigen. Mittel der Glaubhaftmachung können auch Versicherungen an Eides Statt sein.

4.4 Diese Frage richtet sich an voll Erwerbsgeminderte im Beitrittsgebiet, bei denen die Erwerbsminderung bereits vor Erfüllung der allgemeinen Wartezeit eingetreten ist und ununterbrochen andauert. Die Zeiten der Erwerbsminderung können unter Umständen als Pflichtbeitragszeiten in der gesetzlichen Rentenversicherung berücksichtigt werden.

4.5 Diese Frage richtet sich an Personen, die einem Zusatzversorgungssystem oder Sonderversorgungssystem in der ehemaligen DDR angehört haben, einen Einzelvertrag mit Versorgungszusage hatten oder für die aufgrund der von ihnen ausgeübten Beschäftigung zumindest die Möglichkeit zur Einbeziehung in eine zusätzliche Altersversorgung (z. B. der Altersversorgung der Intelligenz) bestanden hätte. Hierzu zählen insbesondere Personen, die als Betriebsdirektor / Werkdirektor oder als erfolgreicher Absolvent einer Fachschule oder Hochschule als Lehrer technischer Fächer, als Architekt, Konstrukteur, Statiker, Techniker bzw. als Diplom-Ingenieur (Diplom-Ökonom) in einem volkseigenen Produktionsbetrieb bzw. einem diesen gleichgestellten Betrieb gearbeitet haben, ohne in ein Zusatzversorgungssystem einbezogen worden zu sein. Gleiches gilt für hauptberuflich tätige Pädagogen und Wissenschaftler an Hochschulen, kirchlichen oder staatlichen Einrichtungen, Ärzte, Zahnärzte und Tierärzte, Apotheker in eigener Praxis sowie für Künstler und künstlerisch Beschäftigte bei Rundfunk, TV, Film, Theater und Orchester.

Auf einen Leistungsanspruch kommt es dabei nicht an.

Ihre Angaben im Antrag auf Kontenklärung sind auch gegenüber dem Versorgungsträger wirksam.

4.6 Diese Frage richtet sich an Personen, die als Offiziere der Staatssicherheit im besonderen Einsatz (OibE) oder in einem Dienstverhältnis oder Arbeitsverhältnis zu dem Ministerium für Staatssicherheit / Amt für Nationale Sicherheit verdeckt tätig gewesen sind (z. B. Hauptamtlicher Inoffizieller Mitarbeiter - HIM -).

Ihre Angaben im Antrag auf Kontenklärung sind auch gegenüber dem Versorgungsträger wirksam.

4.7 Diese Frage richtet sich an Personen, die im VEB Carl-Zeiss Jena und dessen Teilbetrieben sowie der VEB Jenaer Glaswerk Schott und Genossen Jena, VEB Jenapharm, der Carl-Zeiss-Stiftung Jena bzw. von diesen übernommene Betriebe / Betriebsteile oder in Betrieben, für die Beschlüsse der Geschäftsleitung der Carl-Zeiss-Stiftung Jena zur Gewährung von Versorgungsanwartschaften vorlagen, tätig waren.

4.8 Diese Frage richtet sich zum Ausgleich von Nachteilen in der Rentenversicherung an Personen, die aufgrund rechtsstaatswidrigen Freiheitsentzuges, Gewahrsams oder anderer politischer Verfolgungsmaßnahmen berufliche Nachteile erlitten haben und denen auf Antrag (Frist bis 31.12.2019) von der zuständigen Landesrehabilitierungsbehörde eine entsprechende Bescheinigung nach dem Beruflichen Rehabilitierungsgesetz ausgestellt worden ist.

5 Zeiten im Ausland

5.1 Diese Frage ist zu bejahen, wenn Versicherungszeiten außerhalb der Bundesrepublik Deutschland vorliegen. Erläuterungen zu Zeiten des gewöhnlichen Aufenthalts finden Sie unter Ziffer 5.3.

5.2 Diese Frage richtet sich an Personen, die z. B. durch

- die Ausübung einer versicherungspflichtigen Beschäftigung oder selbständigen Tätigkeit,
- die Angehörigkeit zu einem Sondersystem in Ländern der EU, des EWR bzw. der Schweiz (z. B. für Beamte / gleichgestellte Personen, Selbständige, Landwirte),
- die Ableistung von Militärdienst, Wehr- oder Zivildienst,
- die Erziehung von Kindern,
- den Bezug von Sozialleistungen,
- die Zahlung freiwilliger Beiträge zu einem Versorgungsträger oder
- die Wohnsitznahme (vergleiche Ziffer 5.3)

sozialversicherungsrechtliche Beziehungen zu einem oder mehreren ausländischen Staaten haben.

Die Frage richtet sich auch an Personen, die bei einem Organ, einer gleichgestellten Einrichtung oder einer Agentur der EU beschäftigt waren und deren Versorgungssystem unterlagen.

Ausländische Zeiten können bei der Prüfung der Voraussetzungen für den Rentenanspruch und ggf. auch bei der Rentenberechnung berücksichtigt werden. Voraussetzung ist, dass die europäischen Verordnungen zur Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit oder Sozialversicherungsabkommen der Bundesrepublik Deutschland mit ausländischen Staaten dies vorsehen oder wenn deutsche Vorschriften, z. B. das Fremdentengesetz, eine Berücksichtigung ermöglichen.

Die europäischen Verordnungen zur Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit gelten im Verhältnis zu den Ländern der EU (Belgien, Bulgarien, Dänemark, Estland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Großbritannien, Irland, Italien, Kroatien, Lettland, Litauen, Luxemburg, Malta, Niederlande, Österreich, Polen, Portugal, Rumänien, Schweden, Slowakei, Slowenien, Spanien, Tschechien, Ungarn und Zypern), des EWR (Island, Liechtenstein und Norwegen) und zur Schweiz.

Sozialversicherungsabkommen hat die Bundesrepublik Deutschland mit Australien, Bosnien-Herzegowina, Brasilien, Chile, Israel, Japan, Kanada und Quebec, dem Kosovo, Marokko, Mazedonien, Montenegro, der Republik Korea, Serbien, Tunesien, der Türkei und den USA geschlossen.

Aufgrund Ihrer Angaben leitet der Rentenversicherungsträger die erforderlichen Ermittlungen über den Umfang dieser Zeiten ein.

Sofern Zeiten in Ländern der EU, des EWR bzw. der Schweiz vorhanden sind, bitten wir Sie, den Vordruck E 207 (Beschäftigungsverlauf des Versicherten) auszufüllen.

5.3 Die rentenrechtlichen Vorschriften der genannten Staaten sehen vor, dass Versicherungszeiten bereits aufgrund eines gewöhnlichen Aufenthalts in diesen Staaten erworben werden können (Wohnzeiten).

5.4 - 5.5.1 Die genannten Vordrucke sind auch dann auszufüllen, wenn keine Vertriebeneneigenschaft bzw. Spätaussiedlereigenschaft vorliegt, Sie aber zum Personenkreis der vertriebenen Verfolgten gehören oder Angehöriger des Judentums mit früherer Zugehörigkeit zum deutschen Sprach- und Kulturkreis waren.

Der in Ziffer 5.5.1 genannte Vordruck ist auch dann auszufüllen, wenn Sie sich aus besonderen Hinderungsgründen nicht am 31.12.1990, aber spätestens am 30.6.1991 in Deutschland aufgehalten haben. Die Gründe sind entsprechend zu belegen.

Aufgrund Ihrer Angaben leitet der Rentenversicherungsträger die erforderlichen Ermittlungen über den Umfang dieser Zeiten ein.

Hinweise zur Einsendung von Unterlagen zu den Ziffern 5.2 - 5.5.1

Zur Erleichterung der Ermittlungen sind eventuell vorhandene Unterlagen über ausländische Versicherungszeiten mit dem Antrag einzusenden, z. B.

- Versicherungsverläufe
- Bescheide ausländischer Versicherungsträger
- Versicherungsausweise
- Versicherungsbücher
- Bescheinigungen der Krankenkassen
- Zeugnisse
- Arbeitsbücher
- Bescheinigungen der Arbeitgeber
- Unterlagen über ausländische Zeiten als Beamter (z. B. Bescheinigungen des Versorgungsträgers)

6 Ersatzzeiten

6.1 Betrifft nur Versicherte, die vor dem 1.1.1978 geboren sind. Ersatzzeiten werden wie Beitragszeiten auf die Wartezeit angerechnet und wirken sich auf die Höhe der Rentenleistung aus.

Ersatzzeiten sind z. B. Zeiten des Kriegsdienstes, der Kriegsgefangenschaft, des Reichsarbeitsdienstes, des Gewahrsams, des Freiheitsentzuges in der ehemaligen DDR mit Rehabilitierung, der Vertreibung, der Flucht, der Umsiedlung, der Aussiedlung, der Verfolgung oder Internierung sowie daran anschließende Zeiten der Krankheit oder unverschuldeten Arbeitslosigkeit.

Ersatzzeiten kommen dann nicht in Betracht, wenn während dieser Zeiten ein versicherungspflichtiges Beschäftigungsverhältnis bestanden hat.

Weitere Erläuterungen finden Sie im Vordruck V0401.

7 Anrechnungszeiten

7.1 Anrechnungszeiten sind Zeiten der Arbeitsunfähigkeit, der Krankheit zwischen dem 17. und 25. Lebensjahr, der Leistungen zur medizinischen Rehabilitation oder zur Teilhabe am Arbeitsleben, der Schwangerschaft, Mutterschaft während der jeweiligen Schutzfristen, der Arbeitslosigkeit oder der Leistungen von der Agentur für Arbeit (Arbeitsamt), der Meldung bei der Agentur für Arbeit (Arbeitsamt) nach Vollendung des 17. Lebensjahres als Ausbildungsuchender, des Bezuges von Arbeitslosengeld II nach dem 31.12.2010, einer nach Vollendung des 17. Lebensjahres liegenden weiteren Schulausbildung oder Fachschulausbildung, Fachhochschulausbildung oder Hochschulausbildung, der berufsvorbereitenden Bildungsmaßnahme, der Versorgungsleistungen im Beitrittsgebiet, des Bezuges einer Versichertenrente, des Gewahrsams im Sinne des Häftlingshilfegesetzes im Ausland (ab 1.1.1992), des Bezuges von Schlechtwettergeld bis 31.12.1978.

Die genannten Tatbestände sind bei Erfüllung der gesetzlichen Voraussetzungen Anrechnungszeiten. Sie können sich auf die Rentenhöhe auswirken.

Hierbei sind auch im Ausland zurückgelegte Zeiten der Arbeitsunfähigkeit oder Rehabilitation, der Krankheit zwischen dem 17. und 25. Lebensjahr, der Schwangerschaft bzw. der Mutterschaft, der Arbeitslosigkeit sowie der schulischen Ausbildung relevant.

Weitere Erläuterungen finden Sie im Vordruck V0411.

Für Zeiten einer schulischen Ausbildung (Schule, Fachschule, Hochschule) nach dem 16. Lebensjahr, die nicht als Anrechnungszeiten berücksichtigt werden, können Sie auf Antrag freiwillige Beiträge nachzahlen, sofern diese Zeiten nicht bereits mit Beiträgen belegt sind. Der Antrag kann nur bis zur Vollendung des 45. Lebensjahres gestellt werden.

Der Antrag auf eine Rente wegen Erwerbsminderung sowie der Bezug dieser Rente steht der Nachzahlung nicht entgegen. Ist zum Zeitpunkt des Antrags auf Nachzahlung aber bereits der Leistungsfall der Erwerbsminderung eingetreten, können die nachgezahlten Beiträge grundsätzlich nur für einen späteren Leistungsfall berücksichtigt werden.

7.2 Ist eine Arbeitsunfähigkeit Folge eines Unfalls oder durch andere Personen verursacht worden und sind dadurch Rentenversicherungsbeiträge ausgefallen oder in geringerem Umfang entrichtet worden, so prüft der Rentenversicherungsträger, ob er von dem Ersatzpflichtigen bzw. dessen Versicherung Schadensersatz fordern kann (Beitragsregressverfahren nach § 119 SGB X). Die nach § 119 SGB X vereinnahmten Beiträge gelten in der Rentenversicherung als Pflichtbeiträge.

Als Ersatzpflichtiger ist z. B. anzusehen: Autofahrer oder Autohalter (Verkehrsunfall), Hauseigentümer (Treppensturz, Glatteis), Stadtverwaltung oder Gemeindeverwaltung (schadhafter Bürgersteig), Tierhalter (Reitunfall, Hundebiss), Mitspieler bei Sportverletzungen (regelwidriges Verhalten), behandelnder Arzt oder Krankenhausträger (ärztlicher Behandlungsfehler).

Als Beweismittel kommen u. a. in Betracht

- ärztliche Unterlagen
- Nachweise über Arbeitsunfähigkeit
- Sozialversicherungsausweise der ehemaligen DDR
- Nachweise über den Bezug einer Leistung aus der Unfallversicherung

7.3 Sind Schadensersatzansprüche geltend gemacht worden, geben Sie bitte die entsprechende Stelle und das dortige Aktenzeichen an.

8 Angaben zu Kindern

8.1 Zeiten der Kindererziehung können Müttern und Vätern als rentenrechtliche Zeiten angerechnet werden, wenn sie nach dem 31.12.1920 oder - sofern sie am 18.5.1990 ihren gewöhnlichen Aufenthalt im Beitragsgebiet hatten - nach dem 31.12.1926 geboren sind. Dies gilt nicht nur für leibliche Mütter und Väter, sondern auch für Adoptivmütter, Stiefmütter und Pflegemütter bzw. Adoptivväter, Stiefväter und Pflegeväter sowie für Erziehungszeiten ab 1.1.2005 auch für Lebenspartner in einer Eingetragenen Lebenspartnerschaft.

Hierbei werden die Zeiten der Erziehung für vor dem 1.1.1992 geborene Kinder in der Regel während der ersten 24 Kalendermonate nach dem Monat der Geburt als Kindererziehungszeiten anerkannt. Für nach dem 31.12.1991 geborene Kinder sind dies regelmäßig die ersten 36 Kalendermonate nach dem Monat der Geburt. Bei den Kindererziehungszeiten handelt es sich um Pflichtbeitragszeiten; Beiträge sind von Ihnen hierfür nicht zu zahlen, sie werden vom Bund getragen.

Darüber hinaus werden Erziehungszeiten bis zum 10. Lebensjahr der Kinder als Berücksichtigungszeiten wegen Kindererziehung angerechnet, soweit die Voraussetzungen, die für die Anrechnung von Kindererziehungszeiten maßgebend sind, auch während dieser Zeiten vorgelegen haben.

Berücksichtigungszeiten können Einfluss auf die Erfüllung der Anspruchsvoraussetzungen für eine Rente und auf die Rentenhöhe haben. Eine eigenständige Bewertung erfahren Berücksichtigungszeiten, wenn sie mit Berücksichtigungszeiten wegen Kindererziehung oder Zeiten der Pflege eines pflegebedürftigen Kindes für ein anderes Kind zusammentreffen. Dann kann ein Anspruch auf die Gutschrift zusätzlicher Entgeltpunkte bestehen.

Die Anrechnung ist von bestimmten Voraussetzungen abhängig. Ob diese Voraussetzungen erfüllt sind, wird anhand des Antrags auf Feststellung von Kindererziehungszeiten / Berücksichtigungszeiten wegen Kindererziehung (Vordruck V0800) geprüft.

Sollten die Kindererziehungszeiten / Berücksichtigungszeiten wegen Kindererziehung bereits bei Ihnen oder bei einem anderen Berechtigten anerkannt worden sein, so ist der Vordruck V0800 nicht auszufüllen.

8.2 Anspruch auf die Gutschrift zusätzlicher Entgeltpunkte wegen der Pflege eines pflegebedürftigen Kindes bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres kann für Mütter und Väter bestehen, wenn sie die Pflege nicht erwerbsmäßig und im Durchschnitt mindestens 14 Stunden pro Woche (für Zeiten vom 1.1.1992 bis 31.3.1995 mindestens 10 Stunden pro Woche) ausgeübt haben.

Das Vorliegen der Pflegebedürftigkeit des Kindes kann z. B. durch den Bescheid des Leistungsträgers, der die Pflegeleistung für das Kind erbracht hat, nachgewiesen werden. Aus dem Bescheid muss die Pflegebedürftigkeit sowie deren Dauer hervorgehen. Geht aus dem Bescheid des Leistungsträgers im Einzelfall der Umfang der wöchentlichen Pflegetätigkeit nicht hervor, kann der Nachweis auch durch andere geeignete Unterlagen (z. B. Auszug aus dem Gutachten des Medizinischen Dienstes) geführt werden.

Pflegebedürftigkeit liegt vor, wenn die Pflegebedürftigkeit nach dem Pflegeversicherungsgesetz (Elftes Buch des Sozialgesetzbuches - Soziale Pflegeversicherung -) festgestellt oder eine der nachfolgenden Leistungen gezahlt wurde:

- Entschädigung nach dem Bundesversorgungsgesetz (BVG) bzw. nach den Gesetzen, die eine entsprechende Anwendung des BVG vorsehen
- Entschädigung aus der gesetzlichen Unfallversicherung
- Entschädigung aus öffentlichen Kassen aufgrund gesetzlich geregelter Unfallversorgung oder Unfallfürsorge
- Fürsorgeleistungen nach dem Zwölften Buch des Sozialgesetzbuches - Sozialhilfe - (bzw. nach dem Bundessozialhilfegesetz)
- Fürsorgeleistungen nach dem Lastenausgleichsgesetz, dem Reparationsschädengesetz, dem Flüchtlingshilfegesetz
- Fürsorgeleistungen nach dem BVG (Kriegsopferfürsorge) und nach den Gesetzen, die eine entsprechende Anwendung des BVG vorsehen.

9 Sonstige Angaben

9.1 Pflichtbeiträge für eine Berufsausbildung (z. B. Lehrzeit, berufliche Fortbildung oder Umschulung) werden bei der Rentenberechnung besonders bewertet.

Wir bitten Sie daher um Angabe, in welchen Zeiten Sie eine Berufsausbildung zurückgelegt haben. Als Beweismittel sind z. B. der Lehrvertrag, das Prüfungszeugnis sowie eine Bescheinigung über die Höhe des erzielten Arbeitsentgelts beizufügen.

Eine Bescheinigung über die Höhe des Arbeitsentgelts ist nur für Kalenderjahre erforderlich, in denen vor oder nach der Berufsausbildung weiteres Arbeitsentgelt erzielt wurde.

Wurden für eine Zeit der Berufsausbildung keine Pflichtbeiträge gezahlt (z. B. Lehrzeit im elterlichen Betrieb, Praktikum), kann diese Zeit unter bestimmten Voraussetzungen trotzdem als Pflichtbeitragszeit gelten.

Als Nachweise sind z. B. der Lehrvertrag, die Lehranzeige, das Prüfungszeugnis, der landwirtschaftliche Gesellenbrief beizufügen.

Sollten keine Nachweise mehr vorliegen, können entsprechende Unterlagen ggf. bei der Handwerkskammer, der Industrie- und Handelskammer oder bei der Landwirtschaftskammer erhältlich sein.

9.2 Diese Frage richtet sich an Personen, die im öffentlichen Dienst als Beamte oder gleichgestellte Personen (z. B. DO-Angestellte, Berufssoldaten oder Kirchenbedienstete) tätig waren oder sind.

Wird aufgrund eines solchen Dienstverhältnisses eine Versorgung gezahlt oder ist künftig eine Versorgung zu zahlen, ist die Stelle anzugeben, die die Versorgungsbezüge zahlt (z. B. Pensionsregelungsbehörde) bzw. bei der künftig Versorgungsansprüche geltend gemacht werden können. Die Angaben sind erforderlich, weil beitragsfreie Zeiten bei der Rentenberechnung nicht berücksichtigt werden dürfen, soweit diese Zeiten bei der Versorgung ruhegehaltfähig sind. Dies gilt jedoch nur für die Rentenberechnung, ansonsten werden diese Zeiten - z. B. zur Erfüllung der Wartezeit - weiterhin berücksichtigt.

9.3 Hier ist nur der Rentenbezug aus eigener Versicherung anzugeben. Versicherungsträger waren bis zum 30.9.2005 die Bundesversicherungsanstalt für Angestellte, die Landesversicherungsanstalten, die Bahnversicherungsanstalt, die Seekasse oder die Bundesknappschaft. Seit dem 1.10.2005 sind Versicherungsträger die Deutsche Rentenversicherung Bund, die Regionalträger der Deutschen Rentenversicherung oder die Deutsche Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See.

Als Versicherungsträger außerhalb der Bundesrepublik Deutschland nach dem Gebietsstand bis zum 3.10.1990 kommen u. a. in Betracht:

Überleitungsanstalt Sozialversicherung in der ehemaligen DDR, Verwaltung der Sozialversicherung der Arbeiter und Angestellten der ehemaligen DDR (vorher FDGB), Staatliche Versicherung der ehemaligen DDR (vorher Deutsche Versicherungsanstalt) sowie sämtliche ausländischen Träger der sozialen Sicherheit (z. B. Sozialversicherungsanstalt in Polen oder Alters- und Hinterbliebenenkasse in Frankreich).

Beweismittel sind u. a. frühere Rentenbescheide oder sonstige Unterlagen über eine Rentenzahlung. Ist die Rente zwischenzeitlich weggefallen, ist auch der Wegfallzeitpunkt anzugeben.

9.4 Selbständige Künstler und Publizisten unterliegen ab 1.1.1983 - in den neuen Bundesländern ab 1.1.1992 - der Versicherungspflicht nach dem Künstlersozialversicherungsgesetz und haben Pflichtbeiträge an die Künstlersozialkasse zu zahlen. Sofern Sie zu diesem Personenkreis gehören, melden Sie sich bitte unverzüglich bei der Künstlersozialkasse, Gökerstraße 14, 26384 Wilhelmshaven.

9.5 Anzugeben sind sämtliche Zeiten einer Tätigkeit, die an Bord eines Fahrzeugs ausgeübt wurden, das gewerbsmäßig in der Rheinschiffahrt verwendet wird, auch solche auf einem ausländischen Rheinschiff.

10 Dokumentenzugang für sehbehinderte Menschen

Wir werden Ihnen zukünftig gewünschte barrierefreie Dokumente zusammen mit Dokumenten in Schwarzschrift auf Papier senden. Ein Nachweis über die Behinderung ist nicht erforderlich.

Das Hörmedium wird mit einer synthetischen Stimme bereitgestellt. Das Format "DAISY" kann nur auf einem

- mp3-fähigen Abspielgerät ggf. mit DAISY-Software oder
 - speziellen DAISY-Abspielgerät
- gehört werden.

Herkömmliche CD-Abspielgeräte sind für dieses Format nicht geeignet.

Wir werden Ihnen die barrierefreien Dokumente in höchstmöglicher Qualität zur Verfügung stellen. Sollte sich ein Dokument als fehlerhaft erweisen, teilen Sie uns dies bitte mit.

11 Erklärung der Antragstellerin / des Antragstellers

Hier werden Sie über Ihre Pflichten informiert. Mit Ihrer Unterschrift bestätigen Sie, davon Kenntnis genommen zu haben.

12 Anlagen

Versicherungsunterlagen, Unterlagen über Ersatzzeiten und Anrechnungszeiten

Mit dem Antrag sind Versicherungsunterlagen sowie Unterlagen über Ersatzzeiten und Anrechnungszeiten dann **nicht** einzusenden, wenn diese Zeiten bereits im Versicherungsverlauf bzw. in den Versicherungsunterlagen enthalten sind.

Ist die Vorlage von Versicherungsunterlagen erforderlich, bitten wir, diese im Original einzusenden. Versicherte, die die erforderlichen Daten mit Eintragungen in dem Ausweis für Arbeit und Sozialversicherung nachweisen, sind berechtigt, in einer Ablichtung des Ausweises (mit Übereinstimmungsbestätigung) die Daten unkenntlich zu machen, die für die Träger der Rentenversicherung nicht erforderlich sind. Sollten Zeugnisse als Beweismittel übersandt werden, können die Noten oder entsprechende Beurteilungen unkenntlich gemacht werden. Bei sonstigen Unterlagen und Urkunden genügen auch Fotokopien oder Abschriften, sofern deren Übereinstimmung mit dem Original bestätigt ist.

Wir bitten Sie, diese Bestätigung (keine amtliche Beglaubigung) durch die Auskunfts- und Beratungsstellen der Deutschen Rentenversicherung, deren Versichertenberater / Versichertenberaterinnen bzw. Versichertenältesten sowie durch die anderen Sozialleistungsträger (z. B. Krankenkassen), aber auch durch die Versicherungsämter bzw. die Stadtverwaltungen und Gemeindeverwaltungen und die deutschen Auslandsvertretungen vornehmen zu lassen; die Bestätigung erfolgt kostenlos. Es reicht nicht aus, wenn die Bestätigung der Übereinstimmung der Fotokopie oder Abschrift mit dem Original von Ihnen selbst, einer Kirchenbehörde oder einem Rechtsanwalt, Rechtsbeistand oder Rentenberater vorgenommen wird.

13 Bestätigung der Personenstandsdaten

Die Personenstandsdaten des Antragstellers können hier durch eine befugte Stelle (siehe Erläuterungen zu Ziffer 12) bestätigt werden. Sofern die Bestätigung nicht vorgenommen wurde, ist eine entsprechende Personenstandsurkunde einzusenden. Sollten Sie keine Geburtsurkunde besitzen, die Sie uns im Original oder als Fotokopie oder Abschrift mit Übereinstimmungsbestätigung einsenden können, ist auch eine bestätigte Fotokopie des Personalausweises oder des Reisepasses ausreichend.

Die Vorlage des Geburtsnachweises bei der Kontenklärung bewirkt im Rentenantragsverfahren regelmäßig eine kürzere Bearbeitungszeit.